



Pflegenotstand bleibt

Berliner Senat blockiert Verbesserungen für Beschäftigte und Patienten

Der rosa-rote-grüne Berliner Senat ist für die Gesundheitsversorgung der Berliner verantwortlich – und zugleich Eigentümer und Arbeitgeber der größten Berliner Gesundheitseinrichtungen: Charité mit der CFM und Vivantes mit den ausgegliederten Bereichen.

Probleme gibt es in diesen Häusern genug. Ist man mit dem neuen Senat der Lösung näher gekommen? Wurden die Hoffnungen auf bessere Arbeitsbedingungen, die viele Beschäftigte hatten, und die Hoffnung vieler Bürger auf eine bessere Patientenversorgung erfüllt?

Arbeitsbelastung an der Charité

An der Charité konnte von ver.di ein viel beachteter Tarifvertrag für mehr Personal abgeschlossen werden. Doch es hakt gewaltig an der Umsetzung. Das ist die Bilanz von ver.di, die Gewerkschaftssekretär Kalle Kunkel

am 15. März vorstellte: Auf der Hälfte der Stationen fehle mindestens eine Pflegekraft, ein Drittel der Stationen habe zwischen zehn und 25 Prozent weniger Pflegekräfte als vorgesehen. Statt der geplanten Aufstockung des Personals im Nachtdienst um bis zu 40 Stellen sei die Zahl der Nachtdienststellen sogar um 20 Stellen gesunken. Der Personalbedarf in Bereichen, für die man sich auf keine Vorgaben einigen konnte, sollte zudem durch eine »Workflowanalyse« ermittelt werden. Vereinbart sei gewesen, dass diese Analyse bis Ende Juni 2016 durch die Charité abgeschlossen werde. »Bis heute liegt diese nicht vor«, so Kunkel. Ebenso hielte sich die Charité nicht an Maßnahmen, die im Falle der Unterschreitung der Vorgaben festgelegt sind. Statt den Tarifvertrag nach der Laufzeit am 30. Juni nun verbindlicher zu machen, wie es ver.di fordert, droht die Charité dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV)

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Alles hat seinen Preis

Ein Krankenhaus ist dazu da, Kranke zu heilen. Oder?

Ein paar Unentwegte bestehen immer noch darauf, dass Daseinsvorsorge für die Bedürfnisse der Menschen da zu sein hätte. Schließlich haben diese ja auch über Steuern oder Sozialversicherungsabgaben für diese Leistungen bezahlt.

Ein interessantes Schlaglicht auf diese Frage warf der jüngste Verkauf von Opel/Vauxhall an Peugeot. Der Kaufpreis für den immerhin kompletten Europateil des Autokonzern GM und Teil der wichtigen Autobranche beträgt 1,3 Milliarden Euro. Helios hat das Gros der Kliniken des Krankenhauskonzerns Rhön gekauft – für den stolzen Preis von über 3 Milliarden Euro, hat also fast das Dreifache gezahlt. Hier werden Verschiebungen in der Wirtschaft und bei den Gewinnerwartungen deutlich. Und es zeigt, dass Krankenhäuser wie ganz normale Fabriken gehandelt werden. Sie wieder zu dem zu einem Ort zu machen, der dazu da ist, Kranke zu heilen, wird nur in harten Kämpfen durchzusetzen sein, da es der Profitlogik unseres Wirtschaftssystems widerspricht.



Rente muss reichen!

Rente darf nicht in Armut enden!

Für den DGB ist klar: Eine gute Alterssicherung braucht als Basis eine gesetzliche Rentenversicherung, die die Werkstätigen nach einem langen Arbeitsleben nicht in Armut entlässt. Auch in Zeiten demographischer Veränderungen kann die Stabilität gewährleistet werden – wenn die Weichen heute richtig gestellt werden.

Nach Berechnungen des BMAS sinkt – wenn nichts geändert wird – das Rentenniveau bis zum Jahr 2045 um weitere 13 Prozent; es liegt dann bei unter 42 Prozent. Der Beitragssatz steigt trotz des sinkenden Rentenniveaus auf 23,4 Prozent in 2045. Deutliche Einbußen im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Folge für die Beschäftigten. Die private Vorsorge können sich viele Beschäftigte nicht leisten und schon die heute gerissenen Löcher können damit nicht gestopft werden, worauf viele Experten schon vor Jahren hingewiesen haben.

Die so genannte „private Vorsorge“ diene vor allem dazu, die Unternehmen von der Verantwortung und der Finanzierung zu entlasten, die Kosten einseitig auf die Werkstätigen abzuwälzen und die Profite der privaten Versicherungen zu steigern. Die Gewerkschaften des DGB verlangen einen Kurswechsel und haben sich dieses Thema im Jahr des Bundestagswahlkampfes zum Kampagnenschwerpunkt gesetzt und werden den Wahlkampf mit eigenen Aktionen begleiten: www.rente-muss-reichen.de

Der Berliner Senat ist bislang weder seiner Verantwortung für die Gesundheitsversorgung noch seiner Rolle als öffentlicher Arbeitgeber gerecht geworden. Kein Ruhmesblatt für Rosa-Rot-Grün.

» Fortsetzung von Seite 1

beizutreten. Der KAV aber untersagt seinen Mitgliedern Sonder-Tarifverträge. Der Senat als Verantwortlicher schaut trotz aller Sonntagsrede zu.

Ausgliederte Bereiche bei Vivantes und die CFM

Sie haben immer noch keinen Tarifvertrag und arbeiten für weit weniger Geld als die Beschäftigten ihrer Muttergesellschaften Charite und Vivantes. Mehr als 200 Beschäftigte der beiden Servicebereiche CFM und VSG sind daher am 20. März gemeinsam in den Streik getreten und protestierten vor dem Hauptsitz der Charité, wo am selben Tag der Aufsichtsrat tagte. Sie verlangten, nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt zu werden, zudem forderten sie die Wiedereingliederung in den Mutterkonzern, wie es im Koalitionsvertrag steht.

Bereits am 1. März hatten sie gemeinsam gestreikt. Gemeinsam auch deshalb, weil sie beide dem Land Berlin gehören und sich ihr Geschäftsführer schon lange nach Beschäftigtenaussagen gegen ihre Belegschaften verbünden.

Der Berliner Senat plant nach Zeitungsmeldungen den Rückkauf der (CFM) bis 2019. Allerdings möglicherweise mit einem Pferdefuß. Die Übernahme der 2.800 Mitarbeiter würde rund 28 Millionen Mehrkosten verursachen. Schon Ex-Senator Czaja hatte vorgeschlagen, bei einem einheitlichen Tarifwerk den Tarifvertrag der Charite nach unten zu öffnen, um diese Kosten wieder einzusparen.

Hier gilt es wachsam zu sein, dass CFM und VSG wie zugesagt wieder

eingegliedert werden und alle nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden – ohne wenn und aber.

Der Berliner Senat ist bislang weder seiner Verantwortung für die Gesundheitsversorgung noch seiner Rolle als öffentlicher Arbeitgeber gerecht geworden. Kein Ruhmesblatt für Rosa-Rot-Grün.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an: Deutsche Kommunistische Partei Landesorganisation Berlin Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten: Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Mehr Personal ist besser für alle!

Studie belegt die Notwendigkeit einer Personalbemessung in der Pflege

Die Diskussion um die Notwendigkeit einer Personalbemessung in der Pflege wird – angestoßen und forciert von der Gewerkschaft ver.di – seit längerem geführt.

In der aktuellen Debatte wird oft geäußert, dass es nicht gut um die Patienten-Pflegekräfte-Relation steht in der Bundesrepublik und dass weniger Pflegekräfte weniger Patientensicherheit bedeutet. Im Februar haben nun Michael Simon und Sandra Mehmecke von der Hochschule Hannover eine wissenschaftliche Studie zu staatlichen Vorgaben einer Mindestbesetzung in verschiedenen Ländern vorgelegt. Sie zitieren die internationale Pflege-Vergleichsstudie RN4CAST aus dem Jahr 2012, der zufolge in den USA durchschnittlich 5,3 Patienten auf eine Pflegefachkraft kommen, in den Niederlanden 7, in Schweden 7,7 und in der Schweiz 7,9. Im reichen Deutschland müssen sich Krankenschwestern dagegen im Schnitt um 13 Patienten kümmern.

Die Betreuungsrelation ist laut Studie nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Qualität der Arbeitsbedingungen, sondern beeinflusst auch die Qualität der Pflege und damit die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und

Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirkt. Hier ist also dringender Handlungsbedarf geboten. Dass staatliche Vorgaben machbar sind, beweisen andere Länder. Am weitesten ist die Regulierung in den USA und Australien. In Kalifornien sind sogenannte Nurse-to-Patient-Ratios für ein breites Spektrum an Krankenhausstationen, Notaufnahmen und Kreißsälen gesetzlich verankert. Auch in der Bundesrepublik gibt es erste Fortschritte in Richtung gesetzlicher Personalbemessung. Doch eine befriedigende gesetzliche Lösung wird uns nicht geschenkt werden, sondern muss gegen den Willen der DKG durchgesetzt werden bei der Politik. Und dazu bedarf es noch mehr Druck von den Beschäftigten in den Krankenhäusern – aber auch an Unterstützung von den Bürgern, die ebenso von einer solchen Regelung profitieren würden. Eine Möglichkeit ist, bei der Bundestagswahl die Parteien an dieser Frage zu messen.

Weitere Informationen: Michael Simon, Sandra Mehmecke: *Nurse-to-Patient Ratios: Ein internationaler Überblick über staatliche Vorgaben zu einer Mindestbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser (pdf), Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 27, Februar 2017.*

1 „Wir sind viele, wir sind eins“ Mai

Internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung am 1. Mai

Gemeinsam treten Kolleginnen und Kollegen für ihre Ziele ein. Das soll das diesjährige Motto der Gewerkschaften im DGB zum 1. Mai verdeutlichen. Gleichzeitig sollen die Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Integration“ eine Rolle spielen. In Berlin werden wieder rund zehntausend Kolleginnen und Kollegen am Internationalen Kampftag für die Rechte der Werktätigen erwartet. Der 1. Mai in Berlin startet mit drei Demonstrationen vom Hackeschen Markt um 10 Uhr. Neben dem klassischen Demonstrationzug wird es wieder einen Motorrad- und Fahrradkorso geben. Um 12 Uhr wird auf dem Platz des 18. März am Brandenburger Tor die Kundgebung beginnen. Neben der DGB-Vorsitzenden von Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, werden das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, Elke Hannack, und Sakine Esen Yilmaz, Generalsekretärin der türkischen Lehrergewerkschaft EĐitim Sen, reden. Neben einem Kulturprogramm wird sich der DGB auch zu den rechten Anschlägen auf Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter positionieren. Nach den Hauptreden sind Betroffene zur Kundgebung eingeladen.

Infos zur Route: [www.http://berlin.dgb.de/extra/1-mai/](http://berlin.dgb.de/extra/1-mai/) Heraus zum 1. Mai!

Ostermarsch 2017

*Wir brauchen Frieden und
Völkerverständigung.*

Aus dem Aufruf der Friko Berlin: „Die Bundesregierung erhebt den Anspruch, die globale Weltordnung mitgestalten und auch Führung übernehmen zu wollen. Wie meint sie das? Vor allem militärisch! Wir meinen: Unser Land sollte in der Tat Führung und Verantwortung übernehmen, aber bei der Umverteilung von Militärausgaben zugunsten von Investitionen für soziale Sicherheit!“

Damit soll Schluss sein: Auslandseinsätze der Bundeswehr - Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen - Rüstungsexporte - US-Atomwaffen in Deutschland - Militarisierung der Freien Universität - Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO - Drohhpolitik gegen Russland - Raketenabwehr in Europa!

Das wollen wir: Gegenseitige Rüstungskontrolle - Beginn der Abrüstung bei uns - Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion - Abschiebestopp und Bleiberecht für Geflüchtete - Investitionen in die Sozialpolitik!

Ostermarsch 2017

15. April 2017, 12.00 Uhr; Kaiser-Wilhelm-Platz (Schöneberg)



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Abrüsten!

Die Bundesregierung treibt die Militarisierung der Politik voran – Zeit für den Frieden auf die Straße zu gehen.

Die Gruppen der Berliner Friedenskoordination rufen für den 15. April zum Ostermarsch auf. Die Demonstration durch das Zentrum Schönebergs soll zeigen, dass die Berlinerinnen und Berliner mit der Kriegspolitik der Bundesregierung nicht einverstanden sind. Das Motto ist: Abrüsten!

Wie die Kriegspolitik funktioniert, kann eigentlich niemand übersehen. Es fängt an mit der Eroberung der Köpfe. Immer wieder, vor allem in der Nähe der Schulen, hat die Bundeswehr in den letzten Jahren Plakate aufhängen lassen, um Nachwuchs für die Armee zu werben. „Echte Herausforderungen“ versprechen die Militärs den Schülerinnen und Schülern:

„Mach, was wirklich zählt.“ Kein Wort davon, dass es um den Waffendienst geht, um Zerstörungen, Verletzungen und Tote. Auch in den Schulen selbst: Erstmals seit dem Kriegsende 1945 hat ein Senat im Koalitionsvertrag von 2016 festgehalten, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Schulen auftreten sollen. Ausgerechnet sie sollen dann für ein „kontroverses Bildungsangebot“ zur Sicherheitspolitik sorgen.

Es geht weiter mit der Steigerung der Rüstungsausgaben. Zurzeit wird etwa jeder zehnte Euro im Bundeshaushalt für die Rüstung ausgegeben, in sieben Jahren soll es schon jeder sechste Euro sein. Für welche Waffensystem das Geld ausgegeben werden soll,

wird zum Teil noch geheim gehalten. Klar ist aber, dass es für die Sanierung von Schulen und Kitas und bei der Ausstattung kommunaler Krankenhäuser fehlen wird. Nötig wäre mehr Personal, denn überall in staatlichen und kommunalen Betrieben wachsen den Beschäftigten die Aufgaben über den Kopf. Und nicht nur dort. Von Infrastrukturinvestitionen, anständiger Bezahlung und einem staatlichen Wohnungsbauprogramm würden auch die Arbeitenden in der Privatwirtschaft profitieren.

Ein nächster Schritt der Kriegspolitik sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie ist zurzeit außerhalb Deutschlands in 16 Ländern stationiert. In Litauen, direkt an der russischen Grenze, steht die Bundeswehr an der Spitze der NATO-Truppen. Anderswo befinden sich Einheiten aus den Niederlanden, aus Tschechien und Polen unter deutschem Befehl. Schritt für Schritt wird eine EU-Armee unter deutscher Führung aufgebaut. Diese Armee soll auch über Atomwaffen verfügen.

Viele Gründe, am Samstag vor Ostern ein Zeichen gegen die Militarisierung der Politik zu setzen. Angeblich dient diese Politik den deutschen Interessen. Das stimmt aber nur, soweit es um Banken und Konzerne geht. Es stimmt nicht, wenn man die Interessen der Arbeitenden hierzulande berücksichtigt. Sicherheit kann nur das Ergebnis von Abrüstungsverhandlungen sein! Deswegen unterstützt die DKP den Berliner Ostermarsch.